
Helga Grebing

Gewerkschaften in der Gesellschaft*

Prof. Dr. Helga Grebing hat zuletzt in Heft 4 '79 dieser Zeitschrift geschrieben.

Gewerkschaften — in welcher Gesellschaft eigentlich?

Von Arbeiterklasse, Arbeiterbewegung, Arbeiterbewußtsein, Klassenzugehörigkeit und Klassengesellschaft ohne Zittern in der Stimme zu sprechen, mag dem Polemiker und dem Agitator noch gelingen; der Analytiker kann sich den Gebrauch dieser griffigen Grobeinteilung nicht leisten. Der klassische, der „eigentliche“ Arbeiter, also der Produktionsarbeiter, befindet sich — darüber besteht kein Streit mehr — seit langem auf dem Wege zu einer Minderheitenposition. Die gesamtwirtschaftliche Umgewichtung in der "nachindustriellen Gesellschaft" von der Warenproduktion auf Dienstleistungen und innerhalb der Warenproduktion wie der Dienstlei-

* Die folgenden Überlegungen knüpfen an meinen Beitrag in der Festschrift für Heinz O. Vetter: *Gewerkschaftliche Politik: Reform aus Solidarität* (Köln 1977) an, der den gleichen Titel trägt. Einige der dort vorgetragenen Gedanken sind fortgeführt und erweitert worden: dabei habe ich Erwägungen aus folgenden Beiträgen aufgenommen oder mich mit ihnen auseinandergesetzt oder ihnen eigene Überlegungen gegenübergestellt: Hans Kremendahl: *Volkspartei und Sozialstaat*, in: *Bildung und Politik* 15. Jg. 1979, H. 11/12. - Iring Fetscher: *Vom Ende der Ersatzbefriedigungen. Kulturkrise und Generationenkonflikt*, in: ebenda. - Iring Fetscher: *Hat der Sozialismus noch eine Zukunft?*, in: *Neue Rundschau*, H. 4, 1979. - Hans-Willi Weis: *Arbeiterbewegung und Intelligenz*, in: *forum ds. Zeitschrift für Theorie und Praxis des demokratischen Sozialismus* 4. Jg. 1979, H. 8. - Michael Schumann: *Entwicklungen des Arbeiterbewußtseins*, in: *GMH* 30. Jg. 1979, H. 3. - Sebastian Herkommer u. a.: *Organisationsgrad und Bewußtsein*, in: *GMH* 30. Jg. 1979, H. 11. - Lutz Niethammer: *Rekonstruktion und Desintegration. Zum Verständnis der deutschen Arbeiterbewegung zwischen Krieg und Kaltem Krieg*, in: H. A. Winkler (Hg.): *Politische Weichenstellung im Nachkriegsdeutschland 1945—1953 = Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 5*, Göttingen 1979. - Günther Nanning: *Die siamesischen Zwillinge. Merkmale österreichischer Arbeiterbewegung*, in: *GMH* 30. Jg. 1979, H. 8 u. 9. — Volker Hauff: *Mehr Zukunft wagen*, in *Vorwärts* v. 22. 11. 1979. — Johano Strasser: *Grenzen des Sozialstaats? Soziale Sicherung in der Wachstumskrise*. Köln, Frankfurt 1979.

stungen die Funktionsteilungen, die auf Ausbildungsunterschiede rückführbar sind, haben zu den bekannten Differenzierungen neue hinzugefügt. Neben den klassischen „neuen Mittelschichten“, wie die Angestellten in Unterscheidung von den alten (gewerblichen, agrarischen und kleinhändlerischen) Mittelschichten genannt werden, sind inzwischen gewissermaßen neue „neue Mittelschichten“ erkennbar, deren genaue Kennzeichnung noch Mühe macht: Man redet von der „neuen Leistungsklasse der Besser-Ausgebildeten“ (der Wissenschaftler und Techniker) oder von den (meist „jung“ genannten) „Kopfarbeitern“ oder ganz einfach wiederum von neuen Mittelschichten oder genauer: von den „oberen Schichten der lohn- und gehaltsabhängigen Bevölkerung“; manche scheiden von der alten „Arbeiterklasse“ die neuen Schichten der Intellektuellen bzw. die Intelligenz. Das Marxsche Konstrukt „Gesamtarbeiter“ - eine Mischung aus absteigender alter Hand- und aufsteigender neuer Kopfarbeiterklasse (so Nennung) - scheint in der Wirklichkeit wiedererkennbare Konturen zu erhalten.

Doch der Schein trügt: Es gibt zwar Angleichungen in den Verhaltensweisen im reproduktiven Bereich, es lassen sich gewiß auch Mischformen zwischen Hand- und Kopfarbeit im Arbeitsprozeß aufzeigen; dennoch sind die Unterschiede, die sich im Selbstbild und Erwartungshorizont niederschlagen, unverkennbar. Die klassischen, sozusagen „alten“, Arbeiterschichten — der „durchschnittliche“ (Produktions-) Arbeiter und der „kleine (Büro-)Angestellte“ —, die unverändert die Klientel der Gewerkschaften bilden, haben noch immer ein dichotomisches Bewußtsein: Irgendwie sehen sie sich noch immer *unten* und die anderen *oben*. Erheblicher materieller Zugewinn hat allerdings dazu geführt, daß sie es sich „im Unten“ einrichten konnten (vgl. Schumann), wenn sie auch nie ganz befreit wurden von dem unbehaglichen Gefühl, ob denn dieser Zustand von Dauer sein werde. Sie sind aufgrund knapper finanzieller Spielräume und unkalkulierbarer Zunahme von Belastungen (wie Steigen der Mieten, Verteuerung der Energie usw.) sowie beim Abnehmen ihrer Leistungsfähigkeit im Alter existentiell angewiesen- und dies drückt sich auch in ihrer Erwartungshaltung aus — auf die Garantieleistungen des Sozialstaates: Sicherung der Arbeitsplätze, Steigerung der sozialen Leistungen, gerechtere Verteilung der Einkommen.

Unklar ist, ob diese Erwartungshaltung nur passiv als Anforderung an „die da oben“ (und das sind auch schon die Gewerkschaften) weitergegeben wird oder umgesetzt wird in eine aktive Vertretung der eigenen Interessen. Das eine würde einer weiter bestehenbleibenden Fixierung an kleinbürgerliche Verhaltensnormen entsprechen, das andere könnte zur Herausbildung neuer Formen von kollektiver Solidarität führen - und dies um so mehr, wenn von allen erfahren wird, daß individuelle Lösungen zur Erreichung besserer persönlicher Umstände nicht mehr zu finden sind. Was einst am Beginn der kapitalistischen Industrialisierung die Arbeiterklasse konstituierte, würde sich dann im Übergang zur „nachindustriellen Gesellschaft“ wiederholen: der technologische Wandel zerstört nicht nur Arbeitsplätze, vernichtet

nicht nur Qualifikationen, sondern läßt auch über Generationen akkumulierte, individuell stabilisierende Erfahrungen und gesichertes Wissen überflüssig werden. Und dies zu einer Zeit, in der die Sozialisationsinstanz „proletarische Familie“ längst ihre prägende Kraft verloren hat.

Die Sorgen der neuen „neuen Mittelschichten“ sind von anderer Art: Sie gelten als materiell saturiert und gesichert und sind es vergleichsweise auch, so daß ihnen die sozialstaatlichen Reglementierungen lästig zu werden beginnen. Sie (und erst recht ihre Kinder) können sich den Luxus leisten, die Wert- und Verhaltensmuster der industriellen Gesellschaft - Fleiß, Leistungsbereitschaft, Sparsamkeit, Aufstiegswillen und Fortschrittsgläubigkeit - langsam auszuwechseln in Richtung neuer Sinngebungen, die das Ausbrechen aus dem ohnmächtigen Eingesperrtsein zwischen ständig sich wiederholenden, lustlos machenden Arbeitsverrichtungen und kommerziell vorprogrammierter Nicht-Arbeit ermöglichen sollen. Sie scheinen das Glück zu haben, unter ihresgleichen neue Kommunikationsformen ausprobieren zu können: Sie haben individuelle Beziehungen, soziale Kontakte, Partner, Ansprechpartner, Bezugspersonen, manchmal auch Versuchspersonen; daß sie sich dabei oft gegenseitig in die Selbstverwirklichung hineintreiben, unbefreit - wie sich zeigt - von den alten Leistungsanforderungen, die sie nur auf andere Gebiete und Gegenstände übertragen haben, sei immerhin angemerkt. Sie haben den Freiraum, auf einer materiell gesicherten Basis in der Gesellschaft eine auf Kleingruppen bezogene Autonomie zu entfalten oder sich einer Zielfindung zu widmen, die nicht mehr auf die Erhöhung des Lebensstandards hin orientiert ist, sondern die auf Mitentscheidung und Mitbestimmung in den bisher bürokratisch stabilen gesellschaftlichen Organisationen gerichtet ist. Was sich hier — in noch vielfachen Varianten beschreibbar — an unterschiedlichen Mentalitätsmerkmalen und vielleicht auch schon -Strukturen in den „alten“ Arbeitnehmerschichten und in den neuen „neuen Mittelschichten“ herausbildet, läßt eher an neue Klassentrennungslinien denken, denn an Homogenisierungen, die die Konturen einer „neuen Arbeiterklasse“ samt neuer Arbeiterbewegung erkennen lassen.

Vom Ende der alten Arbeiterbewegung

Denn die alte Arbeiterbewegung gibt es nicht mehr. Die eben beschriebenen Unterscheidungen zwischen „alten“ Arbeitnehmerschichten und den neuen „neuen Mittelschichten“ gibt es längst auch auf der Ebene jener gesellschaftspolitischen Institutionen, die einst den Komplex „Arbeiterbewegung“ gebildet haben. Die SPD ist seit einem Vierteljahrhundert (bereits seit dem Berliner Programm von 1954 und nicht erst seit dem Godesberger Programm von 1959, das eher das Ende und nicht den Anfang einer Entwicklung darstellt, wie Kremendahl zu Recht feststellt) keine Partei der Arbeiterklasse mehr und treibt keine Arbeiterpolitik mehr. Entgegen Anspruch und Erwartung der alten Linkssozialisten war diese Klärung des Selbstverständnisses unvermeidlich: Ohne Öffnung für die Mittelschichten aus Angestellten,

Beamten, Akademikern (bei gleichzeitiger Abnahme der Zahl der Produktionsarbeiter) und ohne die Offenheit für die Begründungen des demokratischen Sozialismus ließen sich für die SPD keine Mehrheiten gewinnen; ohne die sozial-demokratische politische Sozialisation der Mittelschichten war keine Stabilisierung der Zweiten deutschen Republik möglich.

Im Prinzip wiederholte sich dieser Vorgang zu Beginn der 70er Jahre noch einmal, als Teile der mehr radikaldemokratischen als sozialistischen außerparlamentarischen Opposition in die SPD hineingezogen wurden. Die Folgen dieses zweifachen Schubes der habituellen Veränderung der SPD für Realität und Idee der alten Arbeiterbewegung sind oft beschrieben worden: nach innen die Dominierung der Partei durch Akademiker, Verwaltungsbedienstete, Berufspolitiker und ein Arbeiter abweisendes, zumindest auf sie abschreckend wirkendes Milieu und Diskussionsklima; nach außen eine nicht mehr uneingeschränkte und a priori gegebene Kooperationsfähigkeit und -Willigkeit zur Vertretung einer genuinen Arbeiterpolitik, wie sie von den Gewerkschaften gefordert wird.

Nun wird man bei solchen Feststellungen über die Volkspartei SPD nicht unterschlagen dürfen, daß die Gewerkschaften selbst durch die Entscheidung für die Einheitsgewerkschaft und damit für parteipolitische Unabhängigkeit und politische Eigenständigkeit aus dem klassischen Milieu der alten sozialistischen Arbeiterbewegung ausgebrochen sind. Man wird nicht übersehen dürfen, daß nicht nur die SPD, sondern auch die Gewerkschaften nach 1945 auf die Wiederbelebung des organisatorischen und genossenschaftlichen Netzes der alten Arbeiterbewegung verzichtet und quasi-überkapitalistische oder doch kapitalismuskonforme Durchsetzungsstrategien bevorzugt haben; dies ließe sich z. B. an den Distanzen beweisen, die sich zwischen den alten genossenschaftlichen Bauhütten und der „Neuen Heimat“ abmessen lassen, oder auch an den Welten, die bei Arbeitskämpfen zwischen der kämpferischen Haltung der alten, noch nach Ruß und Stahl riechenden Arbeiterführer und dem gekonnten Schlagabtausch der wie geschäftsmäßig agierenden jüngeren (womöglich akademisch ausgebildeten) Profis liegen. Dennoch wird man sagen können, daß der noch bestehende Kern der alten Arbeiterbewegung nur noch in den Gewerkschaften „aufgehoben“ erscheint.

Gegen diese Interpretation spricht auch nicht, daß die Gewerkschaften inzwischen so sehr Ordnungsmacht geworden sind, daß sie — wie Nennung es in bezug auf die für ihn noch unangefochten existierende „Arbeiterbewegung“ meint — einen Beitrag zur Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung leisten, den die Kapitalisten selber nicht mehr leisten können und wollen (u. a. wegen der z. T. sinkenden Profiterwartungen). Damit stabilisieren die Gewerkschaften aber den Lebensstandard der Arbeitnehmer, und damit tun sie das, was die Arbeiterbewegung seit jeher tun wollte und getan hat und wozu sie ökonomisch und politisch organisierte Gegenmacht erringen mußte. Die Gefährdung dieses ambivalenten Konzeptes

„Ordnungsmacht“ und „Gegenmacht“ zeigt sich darin, daß die Gewerkschaften zunehmend selber die Interessenkonflikte zwischen den bereits Privilegierten und den noch immer Unterprivilegierten in sich als eine Art doppelten „Klassenkampf nach innen“ zwischen den Einzelgewerkschaften und innerhalb einzelner Gewerkschaften austragen müssen. Dies bindet Kräfte, die bei der Gegenmachtbildung und ihrer Legitimation durch ein auf die ganze Gesellschaft bezogenes und sie veränderndes Konzept fehlen. Dies könnte nahelegen, den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen, nämlich sich selbst auf eine partikulare Interessenvertretung herunterzuspielen — die größte Interessenorganisation zwar, aber eben nur eine. Dies könnte wiederum den Verlust auch noch der letzten Anhaltspunkte für den Bewegungscharakter der Gewerkschaften und ihre Befestigung als ein stationäres System zur Folge haben.

Die „Alternativen“ als Alternative?

Da Abschied zu nehmen gewesen ist von der alten Arbeiterbewegung — keine Arbeiter mehr, keine Bewegung mehr —, drängt sich die Frage auf, ob nicht in den Bewegungen außerhalb von SPD und Gewerkschaften eine Art neuer Arbeiterbewegung zu entdecken ist oder doch wenigstens der Kern für sie, dem sich dann auch die Teile und Reste der alten Arbeiterbewegung ankristallisieren könnten? Diese alternativen Bewegungen sind jedoch trotz ihres Anspruchs, die allgemeine gesellschaftliche Emanzipation in die Wege leiten zu wollen, nichts anderes als eine genuin bürgerliche Veranstaltung — wie alle, die je in der Geschichte ihre Partikularinteressen allzu umstandslos mit dem allgemeinen Interesse identifizierten. Im besten Fall treibt sie eine ehrenwerte Wilhelm-Tell-hafte Betroffenheit, im schlechtesten Fall ein ganz gewöhnlicher Egoismus, so wie bei jenem mittleren Management, das arbeitsplatzschaffende Investitionen von Großunternehmen im Ruhrgebiet verhindert, weil es selbst dort nicht wohnen möchte. Bürgerlichkeit signalisiert auch der romantische Kult einer neuen Innerlichkeit, der manchmal nichts anderes ist als der Rückzug in die Wohnstube und die Beschränkung der Emanzipation auf das eigene, sich selber zum Eigentum habende Selbst. Von einer ich-bezogenen *me-generation* spricht man in den USA, die Nabelschau für den Ausdruck subjektiver Emanzipation hält.

Unübersehbar ist inzwischen, daß alternative Lebensformen nur in den durch sozialstaatliche Gewährleistungen gut gepolsterten Nischen der Wachstumsgesellschaft erprobt werden können oder daß beim alternativen Leben rigide Formen der Selbstausbeutung Anwendung finden, die sich wie feudale Relikte ausnehmen. Der Griff der Grünen zur Parteiorganisation ist im Grunde ein Rückfall in bürgerliche Verhältnisse; denn die Parteien sind nicht das ursprüngliche Organisationsprinzip der Arbeiterbewegung gewesen - das waren die Gewerkschaften -, sondern eine Organisierungsform für die Interessenfraktionierung der bürgerlichen Gesellschaft; die Arbeiterbewegung hat diese ursprunghaft bürgerliche Organisationsform nur in

ihrem Sinne instrumentell umgeformt und sie in dieser vervollkommenen Form den politischen Kräften des Bürgertums im 19. Jahrhundert wieder zur Nachahmung aufgezwungen.

Das größte Defizit der Alternativen besteht in ihrer Unterschätzung der kollektiven Macht und der solidarischen Verbundenheit, die einst der deutschen Arbeiterbewegung ihre historische Wirkungskraft gegeben haben; auch hierin drückt sich ihre Gebundenheit an bürgerlich-intellektuelle Handlungsmuster aus. Diese Fremdheit gegenüber Faktoren, die die Gesellschaft historisch verändert haben, läßt vehement daran zweifeln, ob die Alternativen überhaupt eine Alternative sein können. Denn ohne die geballte organisatorische Kraft der großen Arbeitnehmerorganisationen läuft erst recht heute nichts, was dem in Multis organisierten Kapitalismus strukturelle Gesellschaftsveränderung abzwängen könnte.

Gewerkschaftliche Gesellschaftspolitik als Alternative?

Liegt es daher nicht näher, in den Gewerkschaften die eigentliche Alternative zu entdecken? Zugleich auch in dem Sinne, daß sie die einzige noch verbliebene Realität der alten Arbeiterbewegung sind, die positive Aufhebung der Idee der Arbeiterbewegung in dieser Zeit, der Ort, an dem bis zum heutigen Tag und über ihn hinaus die dialektische Beziehung zwischen Freiheit und Sozialismus konkret ausgefüllt wird? Dieses Beinahe-Selbstzitat aus meinem 77er Aufsatz klingt heute in meinen Ohren etwas euphemistisch (um milde mit mir umzugehen). Für das glückliche Österreich mag - darin hat Nennung recht- der Euphemismus: Gewerkschaften und SPO als immer noch lebendige Arbeiterbewegung gerade noch angehen. Aber für die Bundesrepublik? Wo die Gewerkschaften sich den demobilisierten Arbeitnehmerschichten als ein Dienstleistungsbetrieb präsentieren, der zur Erbringung dieser Dienstleistungen auf parlamentarisches Verhandeln und lobbyistische Einflußnahme setzt und der als Mittel der Konfliktaustragung eher auf den Streit vor Gericht als auf Kampfmaßnahmen vor Ort setzt. Konkreter und noch zugespitzter: Ist es nicht eher ein Witz — so mag man fragen — angesichts ihrer Einstellung zur Frage der Nutzung der Atomenergie in den Gewerkschaften die eigentlichen Alternativen zu sehen?

Und doch haben die Gewerkschaften, lange bevor es Alternativen gab, eine alternative Politik betrieben: Schon seit Ende der 50er Jahre haben sie in Kenntnis der Folgen der Automatisierung nach humanen Alternativen gesucht (schon damals wurde die 36-Stunden-Woche diskutiert) und aufmerksam gemacht auf die zu erwartenden Umschichtungen in der (traditionell als monolithischer Block begriffenen) Arbeiterklasse durch die Entstehung neuer Arbeitnehmerschichten. Daß sie auf die friedliche Nutzung der Atomenergie als alternative Energiequelle geradezu begeistert gesetzt haben, sei nicht verschwiegen; dies war aber nicht Fahrlässigkeit und Unbekümmertheit, sondern verlief parallel zu den wissenschaftlichen Erkennt-

nissen und den ersten praktischen Erfahrungen. Es waren wiederum die Gewerkschaften, worauf Volker Hauff aufmerksam gemacht hat, und nicht alternative Gruppen, die zuerst von „Lebensqualität“ und „qualitativem Wachstum“ gesprochen haben bei ihrer Suche nach positiven Antworten auf die zunehmend sichtbar gewordenen Folgen der Wachstumsgesellschaft.

Insofern brauchen sich die Gewerkschaften nicht in Rechtfertigungszwänge bringen und ein schlechtes Gewissen machen zu lassen, sondern sie sollten ihre Kraft darauf verwenden, gesellschaftliche Veränderungsalternativen nach vorn zu denken: Es gibt nämlich noch immer kein Konzept dafür, wie das Naturrecht des Menschen auf Arbeit (man kann auch von Sicherung der Vollbeschäftigung sprechen), die Bewältigung der sozialen Folgen des ökonomischen Strukturwandels, ausreichende Energieversorgung und die Schaffung einer humanen Umwelt (im weitesten Sinne, also auch die Arbeitswelt eingeschlossen) in ein humanvernünftiges Zuordnungsverhältnis gebracht werden können.

Veränderung der Gesellschaft - durch wen, mit wem?

Nehmen wir an, die Gewerkschaften wollten ein solches Konzept finden und hätten es gefunden, dann wäre noch die Frage zu beantworten, mit wem sie dieses Konzept verwirklichen können. Es ist die Frage nach den Trägerschichten für eine Veränderung der Gesellschaft, es ist nicht mehr und nicht weniger als die alte Frage des Sozialismus nach dem Subjekt des Transformationsprozesses, die zur Beantwortung gestellt ist. Da irrte schon Marx, als er das Proletariat als sich selbst entfremdete Klasse in einer quasi-religiösen Überhöhung zum Träger der allgemeinen Menschheitsinteressen und -ziele bestimmte. Das Proletariat hat sich selbst überwunden, ohne als letzte Klasse der Gesellschaft herrschende Klasse geworden zu sein; es hat sich selbst abgeschafft - im Kapitalismus, also innerhalb der nicht-transformierten Gesellschaftsformation, oder es ist abgeschafft worden als emanzipatorisches Subjekt - im bürokratisch-autoritären Kommunismus. Ansprüche gestellt, sozusagen alternatives Subjekt der Transformation zu sein, oder sich doch als solches empfohlen, haben historisch immer wieder die Intellektuellen (vgl. dazu Weis). Aber es bestehen Zweifel, ob die Intellektuellen (wie z. B. Bahro meint) von vornherein gegeben, objektiv-latent gewissermaßen, emanzipatorisch sind, in immer wieder gegebenen historischen Lagen überschüssige intellektuelle Energie offen allgemein-emanzipatorisch wenden werden oder ob Intellektuelle nicht vielmehr - wesensmäßig oder aus ihrer jeweiligen sozio-ökonomischen Lage heraus gegeben, sei dahingestellt - Ideologen sind, also Vertreter von Sonderinteressen.

Vielleicht bietet sich ein reduzierteres Modell des Intellektuellen, nämlich der Kopfarbeiter von heute als eine Mischung von Intelligenz und Arbeiter, zur funktionalen Nachfolge des Proletariats an? Aber was sollte der Leidensdruck sein, der gerade ihn motivieren könnte, in Stellvertretung des nicht-existenten Proletariats im

klassischen Klassensinne, im Sinne der Menschheitsinteressen, tätig zu werden? Ob dafür die Kopfarbeit des Kopfarbeiters reicht, sei bezweifelt; geschwiegen sei vom synthetisierten Konstrukt des „Gesamtarbeiters“, um bescheideneren Überlegungen Platz zu machen: ob man nicht — um im Jargon zu bleiben — an ein „zusammengesetztes heterogenes Subjekt“ als Veränderungspotential denken müßte: also zusätzlich zu jenen Arbeitnehmerschichten, die immer noch viel zu gewinnen, aber inzwischen auch viel zu verlieren haben, an jene aus den etablierten Gruppen und alternativen Organisationen, die eine überschichtenspezifische Betroffenheit auszuweisen haben wie vor allem die Frauen, die Jugendlichen und die Alten; auch an jene Privilegierten (auch unter den Arbeitern, Angestellten und Beamten) wäre zu denken, die die Nagelprobe erbringen, Privilegien zu opfern.

Stellt man sich die Gewerkschaften als Kern dieser neuen alternativen Bewegung in der Gesellschaft vor (eine Vorstellung, die sich an jüngste historische Vorgaben wie dem gewerkschaftlichen Engagement beim „Kampf gegen den Atomtod“ oder gegen die Notstandsgesetze orientieren kann), dann ergeben sich einige Bedingungen, die erfüllt werden müßten: Da die Gewerkschaften nicht mehr von sich aus, d. h. kraft Existenz veränderndes Potential darstellen, müßten sie ihre Bewegungskraft in der Gesellschaft wieder gewinnen. Das bedeutet, daß sie die gegenwärtige „Identitätskrise“ der Arbeitnehmer produktiv überwinden müßten, indem sie neue, auf die historische Situation bezogene kollektive Orientierungs- und Verhaltensmuster anbieten und einüben. Sie hätten wohl in diesem Zusammenhang selber über ihre Ziel-Mittel-Relationen nachzudenken: Ihre Ziele sind eben einfach nicht mehr mit den Mitteln der traditionellen Tarifpolitik allein durchzusetzen. Die kämpferischen Impulse, derer es dazu bedarf, sind nicht zu gewinnen ohne die Öffnung der Gewerkschaften für das gesellschaftliche Umfeld ihrer Aktivitäten, ohne die Aufgabe ihrer Einigelung und Abschottung gegenüber Bevölkerungsteilen, die nicht, noch nicht oder nicht mehr Beitrags-fähig sind, die einer unkonventionellen Zuwendung jenseits der Routine des gewerkschaftlichen Alltagstrotts bedürfen. Die Gewerkschaften werden sich auch dem Sog, sich angeblich als Parteiersatz verstehen zu sollen, entschieden entziehen müssen; statt dessen sollten sie die Parteien, alle Parteien, in einen offensiven Auseinandersetzungsprozeß einbeziehen: um die SPD in einen Umformungsprozeß ihres Selbstverständnisses von der Volkspartei zur Partei der „neuen Arbeiterbewegung“ hineinzubringen; um die ansprechbaren Teile der christlichen Parteien über die Unvereinbarkeit (Strasser: „Systemwidrigkeit“) von kapitalistischem Menschenbild und der Forderung nach Solidarität aufzuklären; um die FDP auf die Widersprüche zwischen individuellem Aufstiegsdenken und der Forderung nach allgemeiner kultureller Emanzipation aufmerksam zu machen; um der DKP und den sonstigen Kommunisten die Gretchenfrage nach der Anerkennung des demokratischen Grundkonsenses über die Wege und die Ziele einer gesellschaftsverändernden Politik aufzuzwingen.

Begründungen für das Handeln der Gewerkschaften in der Gesellschaft

Wenn die Gewerkschaften in der Gesellschaft im Sinne von deren Veränderung wirken, bzw. da sie es sollten und nach vorgegebenem Konsens auch wollen, brauchen sie Begründungen für dieses Handeln. Die traditionellen, aus dem Innenbezug gewonnenen pragmatischen Begründungen wirken nicht mehr ausreichend legitimierend. Da die Gefahr besteht, daß die Gesellschaft in autonome Einzelaggregate mit eigenen gruppenspezifischen moralischen Legitimationen zerfällt, müßte diese Gefahr überwunden werden durch einen aus den klassischen Arbeiterbewegungstraditionen bezogenen Gegenentwurf einer umfassenden humanen Sozialmoral für eine „nachindustrielle“, fast schon: „nachindustriekapitalistische Gesellschaft“. Solch ein Gegenentwurf kann nur ein Angebot sein, denn die Annahme von moralischen Begründungen für Handeln (im Unterschied zur Voranstellung von ethischen Postulaten) ist das Ergebnis von kollektiver Erfahrung und Tradition, wie wir aus der Geschichte der Arbeiterbewegung wissen. Wieviel aus dieser Geschichte schon verkommen ist und auf welche seichte Art es herabgebracht werden kann, zeigt z.B. die dummdreiste Verballhornung des alten Arbeiterliedes „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“ zum Werbeslogan für „Vorwärts“-Leserreisen: „Zur Sonne, zur Freizeit“.

Zu warnen ist aber auch vor übertriebenen Anforderungen oder Erwartungen: es sind längst auch in den Arbeitnehmerschichten Bedürfnisse entwickelt worden, die den aus der alten Arbeiterbewegung überlieferten sozialmoralischen Vorstellungen nicht mehr entsprechen. Das Ethos des arrivierten Facharbeiters, der es zu etwas gebracht hat (Familie, Haus, Auto) und engagiert für die Erhöhung seines und seinesgleichen Einkommen kämpft, verliert seine Wirkung; es wird tendenziell besonders unter jungen Arbeitern ersetzt durch die pragmatisch-lebenskluge Haltung dessen, der einen Job haben möchte mit einem Arbeitsplatz, der ihn nicht kaputtmacht, der mit sukzessiver Arbeitszeitverkürzung in Richtung auf die 35-Stunden-Woche rechnet, damit er in der freien Zeit noch möglichst viele Dinge tun kann, die ihm Spaß machen und die ihm u. U. sogar etwas einbringen, so daß am Ende die Kasse mehr als stimmt.

Es wäre legitim zu fragen, was eine solche predigerhafte Verordnung einer Sozialmoral für ein Wirken in der Gesellschaft zum Zwecke ihrer Verbesserung denn noch eigentlich unterscheidet von anderen Entwürfen und Vorstellungen von der Welt als einer guten, jedenfalls besseren, als sie gegenwärtig ist. Dem zu entgehen, hilft die Erinnerung daran, daß die „alte Arbeiterbewegung“ zur Begründung ihres gesellschaftsverändernden Handelns sich immer auf die Geschichte berufen hat, berufen konnte. Die Ermahnung (von Fetscher) ist gewiß am Platze, daß es ein fataler und verhängnisvoller Irrtum wäre, sich auf eine Entwicklungsnotwendigkeit zu berufen; aber es hindert nichts daran, gesellschaftsveränderndes Handeln als historische Möglichkeit und Alternative zu begreifen im Sinne von Rosa Luxemburgs „Sozialismus oder Barbarei“.